O-03-011 Sexueller Missbrauch: Endlich rechtsverbindliche politische Rahmenbedingungen für Aufarbeitung und Prävention schaffen!

Antragsteller*in: Marie-Louise Puls (KV Fulda)

Änderungsantrag zu O-03

Nach Zeile 11 einfügen:
Betroffene müssen auf allen Ebenen systematisch und angemessen an Aufarbeitungs-, Präventions- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Ihre Beteiligung muss freiwillig, traumasensibel und so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Retraumatisierung führen.

Begründung

Betroffene sollten nicht nur angehört werden, ihre Perspektiven müssen auch tatsächlich Einfluss auf politische und institutionelle Entscheidungen haben. Ihre Erfahrungen sind unverzichtbar, um strukturelle Versäumnisse, Machtmissbrauch und institutionelles Versagen sichtbar zu machen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

In Fulda haben wir erlebt, dass die Anhörung des Beirats der Betroffenen sexuellen Missbrauchs im Zusammenhang mit der Umbenennung der Johannes-Dyba-Allee zwar stattgefunden hat, das Votum der Betroffenen letztlich aber nicht ausreichend in die politische Entscheidungsfindung eingeflossen ist - Die zentrale Straße direkt am Dom trägt weiterhin den Namen des ehemaligen Bischofs. Das zeigt: Beteiligung darf kein formaler Akt sein, mit dem man sich anschließend ein gutes Gewissen verschafft. Sie muss ernst gemeint sein und tatsächliche Wirkung entfalten können.

Gleichzeitig darf Beteiligung niemals zu einer zusätzlichen Belastung für Betroffene werden. Sie müssen selbst entscheiden können, ob, wann und in welcher Form sie sich einbringen können. Deshalb muss ihre Beteiligung zwingend freiwillig und traumasensibel gestaltet sein. Niemand darf sich gezwungen sehen, die eigene Geschichte immer wieder zu erzählen oder sich erneut belastenden Situationen auszusetzen, um gehört zu werden.

Die Verantwortung für Aufarbeitung, Prävention und notwendige Veränderungen liegt bei Politik und Institutionen – nicht bei den Betroffenen.

weitere Antragsteller*innen

Jonathan Conrad (KV Fulda); Valeska Simon (KV Frankfurt); Anja Schwetje (KV Frankfurt); Eva Becher (KV Potsdam); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Frauke Goldbach (KV Fulda); Melanie Ritter (KV Elbe-Elster); Hartmut Zimmermann (KV Fulda); Marcel Härtlein (KV Potsdam); Anja Boenke (KV Leverkusen); Mira Fels (KV Hannover); Mo Lovis Lüttig (KV München); Theresa Graf (KV Potsdam); Erika Klüh (KV Fulda); René Teichmann (KV Potsdam); Nils Thormann (KV Fulda); Beate Tillmann-Mohr (KV Fulda); Shiva Shafahi (KV Westerwald); Denise Otto (KV Fulda); sowie 79 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.